

## Schweiz: Familienorganisationen unterstützen Ehe für alle

**Vier Familienorganisationen in der Schweiz wollen die Ehe für Homosexuelle öffnen. Es sind Pro Familia, der Dachverband Regenbogenfamilien, der Verein für elterliche Verantwortung (VeV) und der Schweizerische Katholische Frauenbund (SKF).**

Die Rechtskommission des Nationalrates gab im März einen Gesetzesentwurf in eine Vernehmlassung, die am kommenden Freitag endet. Gleichgeschlechtliche Ehepaare sollen grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten haben wie verschiedengeschlechtliche. Namentlich sollen sie auch Kinder adoptieren dürfen.

Es sei höchste Zeit, dass die Schweiz die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren öffne, sagte Pro-Familia-Präsidentin und Nationalrätin Valérie Piller Carrard (SP/FR) laut Mitteilung. Die Homosexuellen vorbehaltene registrierte Partnerschaft stigmatisiere, weil auf Fragebögen und bei Bewerbungen der Zivilstand angegeben werden müsse.

Der Dachverband Regenbogenfamilien argumentiert mit dem Diskriminierungsverbot in der Bundesverfassung. Gleichgestellt würden gleich- und gemischtgeschlechtliche Paare nur mit dem Zugang zur Ehe und zur Fortpflanzungsmedizin. Der Verband unterstützt die Variante der Vorlage mit Zugang zur Samenspende für Frauen.

Kinder gleichgeschlechtlicher Paare hätten heute nur einen Elternteil und seien deshalb ungenügend abgesichert, schreibt der Verband dazu. Mit der Umsetzung der Variante hätten Kinder von Frauenpaaren ab Geburt zwei rechtliche Elternteile. Die die teure und zeitintensive Stiefkindadoption sei so nicht mehr nötig. Gemäss vom Verband zitierten Hochrechnungen leben heute zwischen 6000 und 30'000 Kinder in einer so genannten Regenbogenfamilie. Die Hälfte dieser Familien sei durch eine Samenspende gegründet worden.

Oliver Hunziker, Präsident des Vereins für elterliche Verantwortung (VeV) und Präsident des Dachverbandes für gemeinsame Elternschaft (GeCoBi) forderte laut Redetext, die alten Zöpfe abzuschneiden und eine Rechtsform für alle Paare zu schaffen, die zusammenleben wollten. Niemand dürfe ausgeschlossen oder bevorzugt werden.

Dass homosexuelle Männer mit der Vorlage keine Möglichkeit analog der Samenspende erhalten sollen, bedauere er, sagte Hunziker. Dabei verwies er aber auf das begründete Verbot der Leihmutterschaft. Es bleibe, zu hoffen, dass für sie eine griffige Lösung gefunden werden könne.